

## Ziele setzen und erreichen

Es ist immer das gleiche. Wenn Politiker keine neuen Ideen und Projekte entwickeln, die etwas Gutes für die Bevölkerung bewirken, gelten sie als fantasielos, faul und ohne jegliche Visionen. Legen sie dann aber irgendeinen Vorschlag auf den Tisch, löst das einen eingespielten Mechanismus aus. Die Presse zerpfückt das Projekt und bezichtigt den betreffenden Politiker, nur an seinem Image zu arbeiten. Die Opposition macht nichts anderes und weiß alles besser. Und die eigene Partei rümpft die Nase und irgendjemand findet sich sofort, der glaubt, eine bessere Idee zu haben.



Kurz vor Beginn der Sitzung im Bundesrat am 3. November 2017  
Foto: Ed Koch

All das ist **Michael Müller** passiert, nachdem er in seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident am 3. November 2017 das „Solidarische Grundeinkommen“ vorstellte, das sich an in Arbeitslosigkeit geratene Menschen wenden sollte, die noch nicht ALG II (Hartz IV)-Bezieher sind. Bevor also jemand zum Langzeitarbeitslosen wird, sollte ihm dauerhaft eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten werden. Das war der Plan.

Müllers Ansprechpartner zur Finanzierung des Vorhabens war natürlich sein Partei„freund“, Arbeits- und Sozialminister **Hubertus Heil**. Der hatte aber eigene Pläne. Stichwort „Bürgergeld“, ein Begriff, den die FDP für sich reklamiert. Für die SPD sollte das Bürgergeld ein Mittel zur Traumabewältigung der Hartz-Gesetze werden.

„Der Koblenzer Sozialwissenschaftler **Stefan Sell** kritisierte: Das Bürgergeld sei lediglich eine semantische Neu-Etikettierung“. (Quelle: Wikipedia) Was ist eigentlich aus dem Bürgergeld geworden? Jedenfalls hat Heil Müller mit dessen SGE abblitzen lassen, wäre ja noch schöner, wenn so ein Regional-Politiker bessere Ideen hat als einer aus dem deutschen Olymp der Politik.

Vom Solidarischen Grundeinkommen hingegen haben wir immer wieder etwas gehört. Berlin hat letztlich ohne Bundeshilfe das Programm selbst finanziert. Die Zielmarke wurde nun erreicht und der ein-tausendste Arbeitsvertrag unterschrieben. „Damit ist knapp eineinhalb Jahre nach Programmstart und früher als prognostiziert die Fördermöglichkeit im SGE komplett ausgeschöpft worden.“, heißt es in einer Pressemitteilung des Senats.

„Lotsen-Dienste im sozialen Bereich, Kita-Assistenzen und Mobilitätshilfen im öffentlichen Nahverkehr sind die Spitzenreiter unter den neu geschaffenen SGE-Stellen. Auch im kulturellen Bereich und sozialen Bereich sind etliche neue Arbeitsplätze entstanden, wie Kulturorganisationslotsen, Obdachlosenlotsen und Quartiersläufer. Die Kosten dafür werden überwiegend vom Land Berlin getragen. Rund 20 Prozent der neu entstandenen Arbeitsplätze werden zudem aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit mitfinanziert. Die Verdrängung regulärer Jobs wurde im Vorfeld durch die Konzentration auf zusätzliche Tätigkeiten ausgeschlossen. Anders als bei Jobangeboten für Hartz-IV-Empfangende wurden die Menschen nicht dazu gezwungen, sondern sie haben sich freiwillig entschieden und auf die SGE-Stellen beworben. Den Beschäftigten werden jetzt Aufstiegsperspektiven geboten, unterstützt durch begleitendes Coaching und Qualifizierungsangebote.“



Foto: berlin.de Lena Giovanazzi

**Michael Müller:** „Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie schnell der Arbeitsmarkt wieder angespannt sein kann. Deswegen war es gut und richtig, dass wir in Berlin mit dem von mir entwickelten Solidarischen Grundeinkommen ein neues Arbeitsmarktinstrument einsetzen können, von dem jetzt 1.000 Langzeitarbeitslose profitieren, die in der Coronakrise vermutlich kaum eine Chance auf Arbeit gehabt hätten.“

Wir gehen hier einen neuen Weg. Fair bezahlte und voll sozialversicherte Arbeit, die freiwillig und unbefristet ist. Wir geben den Menschen vor dem Übergang in Hartz IV so eine neue Chance, für sich selbst zu sorgen. Das ist eine Win-Win-Situation, denn die Arbeitslosen profitieren genauso wie die Gesell-

*schaft, für die zusätzliche soziale Daseinsvorsorge erbracht wird. Das Solidarische Grundeinkommen ist unser Berliner Baustein für einen neuen Sozialstaat 2.0 in Zeiten der Digitalisierung. Angesichts neuer Arbeitslosigkeit wäre der gut beraten, unser Projekt noch einmal neu zu bewerten und als Ergänzung zum Teilhabechancengesetz dort einzusetzen, wo es viele Langzeitarbeitslose gibt."*

Auch Arbeitssenatorin **Elke Breitenbach** (Linke) äußert sich positiv, obwohl ihre Partei ein ganz anderes Modell verfolgt. (*Deutschlandfunk Kultur*): „Die Linken-Vorsitzende **Katja Kipping** hält das sogenannte ‚Solidarische Grundeinkommen‘ für einen ‚Etikettenschwindel.‘ Sie selbst propagiert das bedingungslose Grundeinkommen – eine Summe, die jeder Erwachsene regelmäßig bekommt, die ihn vor Armut schützt und Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht.“ Bürgergeld und bedingungsloses Grundeinkommen stehen aber derzeit auf keiner ToDo-Liste.

**Elke Breitenbach:** „Wir haben beim SGE unser Ziel erreicht und das ist ein großer Erfolg: 1.000 Beschäftigte – das sind 1.000 neue berufliche Perspektiven für Menschen, die vorher langzeitarbeitslos waren. Das sind auch 1.000 zusätzliche Angebote für die Berlinerinnen und Berliner, die von den SGE-Tätigkeiten ebenso profitieren wie die Stadtgesellschaft. Besonders wichtig ist mir, dass wir mit dem SGE gute Arbeit geschaffen haben. Die Stellen sind sozialversichert, unbefristet und werden nach Tarif oder Landesmindestlohn bezahlt. Angesichts der erfolgreichen Umsetzung gemeinsam mit unseren Partnern können wir heute sagen: Das Solidarische Grundeinkommen ist erfolgreich in Berlin angekommen.“

Das sieht die FDP ganz anders. **Alexander Wieberneit**, der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, erklärt: „Das Projekt ‚Solidarisches Grundeinkommen‘ ist und bleibt der absolut falsche Weg, um die Langzeitarbeitslosen wieder in ein vernünftiges Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Den langjährigen Arbeitslosen wird damit die Chance verwehrt, sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Berliner Verwaltung wäre besser beraten, sich wieder auf ihre Kernaufgaben zu besinnen, als sich nun mit steuerfinanzierten Ersatzbeschäftigungen auseinanderzusetzen. Am Ende wird mit diesem Modell keinem auf lange Sicht geholfen. R2G sollte endlich seine ganze Anstrengung in die groß angekündigte Bildungsoffensive stecken und dafür sorgen, dass u. a. Ausbildungsplätze besetzt werden können. Denn Bildung ist die beste Basis, um die Langzeitarbeitslosigkeit von morgen zu verhindern.“

Vermutlich werden das die eintausend im SGE-Projekt Beschäftigten ganz anders sehen. **Ed Koch**